

# Frankreich

Florence Deloche-Gaudez / Christian Lequesne

Am 4. Oktober 2003 wurde die Regierungskonferenz eröffnet, die letztendlich den durch die Konvent ausgearbeiteten Verfassungsentwurf annehmen sollte. Insgesamt zeigte sich die französische Führung zufrieden mit dem Ergebnis des Konvents, insbesondere mit der Einsetzung eines Ratspräsidenten und der Beibehaltung der „kulturellen Ausnahme“.<sup>1</sup> Zudem verteidigten sie ihre Vorstellung einer kurzen Regierungskonferenz, deren abschließendes Ergebnis „so nah als möglich am Vorschlag des Konvents“<sup>2</sup> sein sollte.

Sicherlich schloss der französische Präsident zu Beginn der Konferenz nicht aus, dass es Änderungen geben sollte. Er gestand zu, dass es „einige Punkte zu klären gab“, wie beispielsweise die Frage des Ratsvorsitzes, die im Konvent ausgeklammert wurde. Er führte auch aus, dass Frankreich einige „besondere“ Wünsche in Bezug auf die Wirtschaftspolitik innerhalb der Eurozone und die Verabschiedung des Haushalts habe.<sup>3</sup>

Insgesamt wünschte Frankreich jedoch zusammen mit den anderen Gründungsmitgliedern des europäischen Gefüges (Deutschland, Italien und den Benelux-Staaten), dass die Regierungskonferenz „so wenig als möglich vom Text des Konvents abweiche“.<sup>4</sup> Im Gegensatz dazu widersetzten sich die Vertreter Spaniens und Polens von Anfang an der Neujustierung der qualifizierten Mehrheit, wie vom Konvent vorgeschlagen (eine doppelte Mehrheit sollte 50% der Mitgliedstaaten und 60% der Bevölkerung repräsentieren). Um diese Stimmen zu isolieren, zeigte sich Frankreich einerseits „verständnisvoll“ im Hinblick auf diese Forderungen vor allem von britischer Seite, die eine Ausweitung der qualifizierten Mehrheit auf bestimmte Bereiche wünschte<sup>5</sup> und der „kleinen Länder“ andererseits, die künftig nicht ohne Kommissar sein wollten. Die Vorstellung einer Europäischen Kommission mit weniger Kommissaren als Mitgliedstaaten wurde von Frankreich während der Vertragsverhandlungen in Amsterdam, später auch in der Regierungskonferenz von Nizza vertreten. Im Rahmen des Europäischen Konvents wurde der folgende Kompromiss beschlossen: Ab 2009 wird die Kommission außer dem Präsidenten und dem Außenminister 13 Kommissare mit Stimmrecht sowie Kommissare der anderen Mitgliedsländer ohne Stimmrecht umfassen, wobei sich diese nach einem „gleichberechtigten Rotationsverfahren abwechseln“.

Auf dem Europäischen Rat von Brüssel im Dezember 2003 schienen Frankreich die Grenzen dieser „versöhnlichen“ Linie klar geworden zu sein. Nun war es Frankreich, das den Gipfel unterbrach, als es sich weigerte, mit Spanien und Polen über die Frage der qualifizierten Mehrheit zu diskutieren. So weigerte es sich auch, die immer zahlreicher

---

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

1 Florence Deloche-Gaudez / Lequesne, Christian: Frankreich, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003, Bonn 2003.

2 Pressekonferenz von Jacques Chirac, 4. Oktober 2003, auf der Internetseite des französischen Präsidialamts, [http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur\\_file=discours/2003/0310UER2.html](http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur_file=discours/2003/0310UER2.html).

3 Ebd.

4 Florence Deloche-Gaudez: „La Conférence intergouvernementale“, La Lettre de la Fondation Robert Schuman, 29. September 2003, Nr. 136, <http://www.robert-schuman.org/synth105.htm>

5 Ebd.

werdenden Zugeständnisse gegenüber Großbritannien zu billigen, um damit die Zustimmung der Briten zu erhalten.

Am Ende des Gipfels brachte Jacques Chirac erneut die Vorstellung einer „Pioniergruppe“ vor, die er bereits vor dem deutschen Bundestag im Juni 2000<sup>6</sup> erwähnt hatte. Dieser Vorschlag wurde gleichzeitig als eine Drohung gegenüber den Ländern aufgenommen, die den Abschluss blockierten und als Beweis für den französischen Hang zu einem „kleinen Europa“, das einfacher zu kontrollieren sei. Chirac führte aus, dass seiner Ansicht nach, Deutschland und Frankreich „selbstverständlich das Herz dieser Pioniergruppe bildeten“.<sup>7</sup> Doch die Deutschen, insbesondere deren Außenminister Joschka Fischer, ließen verlauten, dass es sich für sie um eine Lösung handle, die nur als letzte Möglichkeit in Frage käme und dass die Priorität auf einer Einigung läge, mit der ein Europa der 25 funktionieren könne. Diese Sicht wurde von Deutschland und Frankreich vertreten, die nach außen hin eine „gemeinsame Front“ bilden wollten. Im Februar 2004 bestätigten der französische Präsident und der Bundeskanzler in einer gemeinsamen Presseerklärung: „Ich wiederhole, wir sind vollkommen einer Meinung. Wir wollen im Juni unter irischem Vorsitz eine Einigung über die Europäische Verfassung erzielen“.<sup>8</sup>

Auf dem Europäischen Rat im Juni 2004 wurde schließlich eine Einigung erreicht. Der französische Präsident bezeichnete die neue Verfassung als „gut für Europa“ und „gut für Frankreich“.<sup>9</sup> Tatsächlich verfügen die Mitglieder der Eurozone über eine größere Autonomie und die entsprechenden Befugnisse im Parlament wie im Rat. Was die verstärkte Zusammenarbeit anbelangt, ist es immer noch möglich, über ihren Beginn mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden, außer bei der Außen- und Sicherheitspolitik, für die eine absolute Mehrheit benötigt wird. Der französische Präsident stellte diesen Vorschlag als möglichen Ausgleich zur Beibehaltung der Einstimmigkeit dar, der den Briten in den Bereichen Steuern und Soziales gewährt wird: „Das System der verstärkten Zusammenarbeit (...) wird uns erlauben, ohne Großbritannien und andere zu handeln, die in diesem Bereich schneller und weiter gehen wollen“.<sup>10</sup> Was die Europäische Kommission anbelangt, so wird diese zunächst aus einem Kommissar pro Mitgliedsland bestehen, mittelfristig wird die Zahl der Kommissare jedoch (wahrscheinlich 2014) Zwei-Drittel der Mitgliedstaaten betragen. Schließlich wird es wie in einigen Szenarien dargestellt dank einer Neudefinition der qualifizierten Mehrheit durch die Regierungskonferenz, die die Anforderungen sogar „höher schraubte“ (55% der Staaten, 65% der Bevölkerung) und ein wenig komplexer gestaltete, im Vergleich zum Vertrag von Nizza einfacher sein, gemeinschaftliche Entscheidungen zu treffen.

Frankreich verhielt sich auch erstaunlich leise in Bezug auf die Aufgabe der Gleichheit mit Deutschland im Ministerrat, die es in Nizza so vehement verteidigt hatte (die Aufgabe der Gleichheit wird durch das neue System der doppelten Mehrheit aufgrund des eingeführten demographischen Faktors bedingt). Frankreich versuchte nicht einmal mehr, auf

---

6 Pressekonferenz von Jacques Chirac am Ende der Regierungskonferenz, 13. Dezember 2003, [http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur\\_file=discours/2003/031213CE.html](http://www.elysee.fr/cgi-bin/auracom/aurweb/search/file?aur_file=discours/2003/031213CE.html)

7 Rede von Jacques Chirac, Präsident der Republik, anlässlich der Neujahrsansprache vor dem diplomatischen Corps, 8. Januar 2004, <http://www.elysee.fr/europe/propos/discours/ext8janv04b.htm>

8 Pressenotiz, 9. Februar 2004, auf der Webseite <http://www.doc.diplomatie.fr/BASIS/epic/www/doc/SF> (Erklärungen zur französischen Außenpolitik ab 1990).

9 Erklärung von Jacques Chirac zur Einigung über eine Europäische Verfassung, 19. Juni 2004, <http://www.diplomatie.fr/actu/impression.asp?ART=42838>.

10 Ebd.

den Vorteil zurückzukommen, den die Deutschen in Nizza bei der Zahl der Parlamentarier erhalten hatten. Man hatte sich auf 96 Abgeordnete im Europäischen Parlament geeinigt (anstelle der derzeit 99 deutschen Abgeordneten), wobei die Maximalzahl der Parlamentsmitglieder auf 750 erhöht wurde. Doch die Zahl der französischen Abgeordneten könnte sich in der Zukunft auch verringern: Ein Minimum von 6 Abgeordneten wurde für die bevölkerungsschwachen Mitgliedstaaten festgelegt, falls sich die Union weiter vergrößern sollte. Der Abgeordnete Jean-Louis Bourlanges bemühte sich vergeblich um eine Beibehaltung der Stimmenverteilung von Nizza und eine Herabsetzung der Schwelle der qualifizierten Mehrheit, um die Entscheidungsfähigkeit der Gemeinschaft zu erleichtern.<sup>11</sup> In einem erweiterten Europa sind die Franzosen mathematisch gesehen weniger einflussreich; sie werden mehr denn je lernen müssen, andere als nur ihren deutschen Partner zu überzeugen.

Nach der Unterzeichnung des Verfassungsvertrags, die für den 29. Oktober 2004 vorgesehen ist, beginnt die Phase der Ratifizierung des Textes durch die Mitgliedstaaten. In Frankreich kann dies durch das Parlament oder das Volk geschehen. In dem traditionellen Interview am 14. Juli kündigte der Präsident der Republik an, dass der Verfassungsvertrag mit einem Referendum in der zweiten Jahreshälfte 2005 ratifiziert werde. Es herrschte ein starker öffentlicher Druck zugunsten eines solchen Verfahrens. Der Präsident des Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, hatte darauf hingewiesen, dass in der französischen „Kultur“ Verfassungstexte „per Referendum angenommen“ würden.<sup>12</sup> Alle politischen Parteien sprachen sich dafür aus, darunter auch die UMP<sup>13</sup> von Jacques Chirac. Auch der neue Außenminister Michel Barnier, der die Europäische Kommission im Konvent vertrat, hatte selbst die „pädagogische und demokratische Tugend“ des Referendums<sup>14</sup> in der Nationalversammlung unterstrichen. Schließlich sind die Franzosen selbst der Ansicht, dass sie „ihr Wörtchen mitzureden“<sup>15</sup> hätten.

Der Verfassungstext rief nicht nur bei der extremen Rechten und extremen Linken Kritik hervor, die traditionell anti-europäisch eingestellt sind, sondern auch die sozialistische Partei fürchtete, ein Referendum könne zu einer Ablehnung führen. Vor kurzem erklärte der ehemalige Premierminister und „Nummer zwei“ der Sozialisten Laurent Fabius, der Annahme des Verfassungsentwurfs „sehr zurückhaltend“ gegenüberzustehen. Er fügte hinzu, er „zweifle stark daran, dass sich die Sozialisten und die Franzosen dafür aussprechen werden“.<sup>16</sup> In den vergangenen Monaten wurden tatsächlich zahlreiche Stimmen der Linken laut, die Kritik an der „Giscard-Verfassung“ übten (der Präsident des Konvents ist ein Politiker der Rechten) und einen Text anprangern, der keinerlei Fortschritt für das „soziale Europa“ bringt, sondern vielmehr ein „liberales“ Europa „in Stein meißelt“ (in Anbetracht der Schwierigkeit in einer Union mit 25 Mitgliedern die doppelte Mehrheit über eine Revisionsklausel zu erhalten<sup>17</sup>), dessen Hauptziel ein Markt ist, „in dem der Wettbewerb frei und nicht verzerrt sei“ (Artikel I-3).

11 Le Figaro, 15. Oktober 2003.

12 Kurznachricht von Agence France Presse, 17. Juni 2004.

13 Libération, 10. Mai 2004.

14 Antwort von Michel Barnier auf einer Frage in der Aktuellen Stunde in der Nationalversammlung, 23. Juni 2004.

15 Umfrage CSA/France Europe Express/France Info, 21-22. April 2004, auf der Webseite der CSA <http://www.csa-fr.com/fra/dataset/data2004/opi20040422c.htm>

16 Laurent Fabius: Prêt à dire « non » à la Constitution européenne, Le Monde, 23. Juni 2004.

17 Florence Deloche-Gaudez: Attention à la clause de révision!, Le Figaro, 24. April 2004.

Die Entscheidung, ein Referendum abzuhalten, ist riskant, aber dennoch war es schwierig, dem französischen Volk das Recht vorzuenthalten, einem so genannten „Verfassungstext“ zuzustimmen, wo man doch bereits 1992 über einen einfachen Vertrag, den Vertrag von Maastricht, per Referendum abstimmen ließ. Zudem wird dies eine echte Debatte über die Europäische Union in einem Land anheizen, in dem man noch zu wenig über Europa spricht.

### Frankreich und die Erweiterung der EU

Im Jahr 2003 musste ein weiterer Vertrag ratifiziert werden, nämlich der Vertrag zum Beitritt zehn neuer Staaten zur Europäischen Union (Tschechische Republik, Estland, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien und Slowakei). Dies geschah auf parlamentarischem Weg im November (in der Nationalversammlung) und im Dezember 2003 (im Senat), ohne dass dies jemals in Frage gestanden hätte, auch wenn die Franzosen einer großen Erweiterung misstrauisch gegenüberstehen.<sup>18</sup> Nach Umfragen von Eurobarometer in Frankreich zwischen Herbst 2002<sup>19</sup> und Herbst 2003<sup>20</sup> stieg die Zahl der Gegner einer Erweiterung der Union von 49% auf 55%.

Seitdem ist eine gewissen „Normalisierung“ der französischen Wahrnehmung zu beobachten. Auf der einen Seite sank die Zahl der Erweiterungsgegner im Frühjahr 2004 auf 47%.<sup>21</sup> Auf der anderen Seite ist Frankreich nicht mehr das einzige Land, in dem die Zahl der „Gegner“ größer ist als die Zahl der Befürworter. Im Frühjahr 2004 war dies auch in sechs weiteren Ländern der Fall. In Deutschland, Österreich, Belgien und Luxemburg liegt die Zahl der „Gegner“ noch höher (56% in Deutschland).

Mehrere Faktoren können einer Erklärung des geringeren Misstrauens der Franzosen dienen. Zunächst weisen die Schwankungen darauf hin, dass die Franzosen in dieser Frage keine „festgefahrene“ Meinung haben. Unter diesen Umständen ist es möglich, dass die Informationskampagnen der früheren Europaministerin Noëlle Lenoir und die Aufmerksamkeit der Medien beim Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten am 1. Mai 2004 ihre Wirkung nicht verfehlt haben.

Außerdem versuchte die französische Regierung in den vergangenen Monaten, die neuen Mitgliedsländer nicht negativ zu charakterisieren. Die Irakfrage und die Frage der qualifizierten Mehrheit trieben einen Keil zwischen die Mitgliedsländer der Union. In jedem der beiden Lager fanden sich Mitglieds- wie Beitrittsländer. Während der Irakkrise stigmatisierte der französische Präsident dennoch einige Länder in Mittel- und Osteuropa und bezeichnete sie als „unbedarft und wenig der Gefahren bewusst, die ein zu rasches Einschwenken auf die amerikanische Position“<sup>22</sup> mit sich bringt. Dagegen verhielt sich Jacques Chirac nach dem Scheitern der Regierungskonferenz im Dezember 2003 vorsichtig, als er meinte, „dass es vollkommen falsch sei, eine Verbindung zwischen dem Scheitern der Arbeiten von heute und der Erweiterung zu sehen“. Zudem berief der Präsident einige

---

18 Florence Deloche-Gaudez / Lequesne, Christian: Frankreich, in: Werner Weidenfeld / Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003, Bonn 2003.

19 Eurobarometer, Nr. 58 veröffentlicht im März 2003.

20 Eurobarometer, Nr. 60, veröffentlicht im Februar 2004.

21 Eurobarometer, Nr. 61, veröffentlicht im Mai 2004.

22 Chirac bezeichnet die Beitrittsländer als „nicht besonders gut erzogen“ und zu schnell zur Unterstützung Washingtons bereit, *Le Monde*, 19. Februar 2003.

Tage vor dem Inkrafttreten der Erweiterung eine Pressekonferenz ein. Dort erklärte er, Frankreich freue sich über die Erweiterung und bezeichnete diese als „Erfolg“.<sup>23</sup>

Zudem ist festzustellen, dass die Befürchtungen zum Beitritt „Fremder“ in die Union inzwischen nicht mehr die neuen Beitrittsländer betreffen, deren Integration ohne Probleme abzulaufen scheint, sondern die Türkei. In einer Umfrage im April 2004 sprachen sich 62% der befragten Personen für eine Erweiterung der Europäischen Union um die zehn neuen Mitgliedsstaaten aus; 61% waren jedoch gegen einen Beitritt der Türkei.<sup>24</sup> Vor kurzem sprach sich die UMP gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Auf einer Pressekonferenz im April 2004 erklärte der Vorsitzende der UMP Alain Juppé, ein solcher Beitritt würde das Europäische Haus „komplett verderben“.<sup>25</sup> Möglicherweise wollte er die extreme Rechte hier mit dem Argument gegen einen Beitritt der Türkei während des Wahlkampfs zum Europäischen Parlament nicht zum Zug kommen lassen.

Der Staatspräsident ließ jedoch weiterhin verlauten, ein Beitritt der Türkei sei „wünschenswert“, allerdings „langfristig“, „falls die heute zu beobachtenden positiven Entwicklungen sich in diesem Land fortsetzen“.<sup>26</sup> Diese Haltung wollten Außenminister Michel Barnier und der neue Minister für europäische Angelegenheiten Claudie Haigneré vermitteln: Sie wiederholten mehrmals, dass dies nicht „für morgen oder übermorgen“<sup>27</sup> gedacht sei, dass man aber einen Beitritt der Türkei nicht prinzipiell ablehnen sollte.

Die Frage des Türkeibeitritts führte auch zu einer Diskussion über die Außengrenzen der EU, die bisher kaum öffentlich thematisiert wurden. Diese Konzentration auf einige wenige Punkte beinhaltet das Risiko, die Stimmung in den kommenden Monaten in der Frage des Verfassungsvertrages „kippen“ zu lassen, wie dies bereits in der Kampagne zur Europawahl der Fall war.

### Die Europawahl vom 13. Juni 2004

Die Europawahl am 13. Juni 2004 fand in einem institutionellen Kontext statt, in dem die Zahl der französischen Abgeordneten wegen der Erweiterung verringert worden war (78 Abgeordnete anstelle von zuvor 87) und das Wahlrecht neu geordnet wurde. Die Regierung Raffarin ließ über eine Änderung des Wahlrechts abstimmen, dass die seit 1979 geltende nationale Liste mit einer Liste aus 8 regionalen Wahlkreisen ersetzt (7 in Frankreich selbst und 1 für die überseeischen Departements). Die großen politischen Parteien waren mit Kandidaten in allen Wahlkreisen vertreten. Im Lager der Rechtsparteien waren die Union pour la Démocratie Française (UDF) von François Bayrou, die Union pour un Mouvement Populaire (UMP) und auch das von Philippe de Villiers angeführte Mouvement pour la France (MPF) mit Listen in allen Wahlkreisen vertreten. Bei der Linken traten die sozialistische Partei, die Kommunisten und die Grünen mit drei getrennten Listen an.

23 Pressekonferenz von Jacques Chirac zu Europa, 29. April 2004, <http://www.elysee.fr/documents/discours/2004/CP040429.htm>

24 <http://www.csa-fr.com/fra/dataset/data2004/opi20040422b.htm>

25 Pressekonferenz von Alain Juppé, 7. April 2004, [http://www.u-m-p.org/presse/point\\_presse\\_europe.php](http://www.u-m-p.org/presse/point_presse_europe.php)

26 Pressekonferenz von Jacques Chirac zu Europa, 29. April 2004, <http://www.elysee.fr/documents/discours/2004/CP040429.htm>

27 Antwort von Michel Barnier auf eine Frage in der Aktuellen Stunde in der Nationalversammlung, 7. April 2004; Antwort von Claudie Haigneré auf eine Frage der Aktuellen Stunde in der Nationalversammlung, 22. Juni 2004.

Dem Beispiel zahlreicher anderer Europäer folgend zeigten die Franzosen gleichzeitig ein eingeschränktes Interesse an der Europawahl und an dem Gedanken, die Regierung von Jean-Pierre Raffarin zu bestrafen, die seit ihrer Regierungsübernahme von Reformen spricht, ohne jedoch eine klare Linie zu haben. Innenpolitische Themen prägten den Wahlkampf, der ansonsten weder originell noch neu war. Die einzigen Parteien, die sich wirklich zu europäischen Themen äußerten, waren die Partei von Philippe de Villiers und die Föderalismusverfechter von François Bayrou. Letztere erzielten sogar erstaunliche Ergebnisse, da sie Wähler auf ihre Seite zogen, die sich für oder gegen Europa aussprechen und keine Bewertung der Innenpolitik abgeben wollten.

Mit 57,2% hatte die Zahl der Nichtwähler für alle Wahlen zusammen genommen einen neuen historischen Rekord erreicht (mit Ausnahme der Referenden).<sup>28</sup> Mit insgesamt 42,8% der Stimmen gingen die linken Parteien (Sozialisten, Kommunisten und Grüne, zu denen man noch die Stimmen für die radikalen Linksparteien hinzuzählen muss) als Sieger aus der Wahl hervor. Sie konnten ihr Ergebnis im Vergleich zu den Regionalwahlen im März 2004 verbessern. Das Votum für die Linke ist als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Regierung Jean-Pierre Raffarin und ihrer Mehrheit zu sehen. In einem Land, in dem das staatliche Eingreifen Teil der nationalen Kultur ist, hat es eine Reform des Renten- oder Sozialversicherungssystems bzw. der Arbeitslosenversicherung schwer, die Unterstützung der Bürger zu erhalten. Die Stimmen für die Linke konzentrierten sich auf die Sozialisten (PS), die mit 28,9% der Stimmen 31 der 78 Sitze im Europäischen Parlament für sich gewinnen konnten. Die Grünen (7,4% der Stimmen und 6 Sitze) und die kommunistische Partei (5,2% der Stimmen und 2 Sitze) mussten im Vergleich zu den Wahlen im Juni 1999 Verluste hinnehmen. Dasselbe gilt für die extreme Linke, die im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen im März 2002 gut abschnitt, hier aber lediglich 2,1% der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dieser Trend zeigt, dass die Linkswähler darauf achteten, auch „sinnvoll“ zu wählen und der größten Oppositionspartei, den Sozialisten, Stimmen zu bringen.

Die UMP erreichte 16,6% der Stimmen und 17 Abgeordnete. Zwei Jahre nach ihrer Gründung konnte die Partei die Wette von Jacques Chirac nicht einhalten, die UMP würde zur einzigen Rechtspartei werden. Die UDF von François Bayrou hielt sich tapfer mit 11,9% der Stimmen und 11 Sitzen (im Vergleich zu den vorherigen 9). Die Abgeordneten der UDF werden im Europäischen Parlament bei den britischen Liberaldemokraten und den Italienern der Partei von Romano Prodi zu finden sein. Zudem verzeichnete das Mouvement pour la France (MPF) von Philippe de Villiers 6,6 % der Stimmen und 3 Sitze. Abgesehen von der Regierungspartei erlitt auch die UMP Stimmverluste. Die unterschiedlichen Meinungen des Staatspräsidenten und der Partei über wichtige Fragen wie den Beitritt der Türkei zur Union wurden von den Wählern negativ quittiert.

Auf Seiten der extremen Rechten erzielte die Front National (FN) 9,8% der Stimmen und 7 Sitze. Das Ergebnis blieb unter den Resultaten früherer Europawahlen und vor allem der Präsidentschaftswahlen 2002. Dies erklärt sich durch Streitigkeiten in der Führungsspitze der Partei (die Auswahl der Kandidaten durch Jean-Marie Le Pen führte zu offen ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten) und die Konkurrenz der MPF von Philippe de Villiers, die die FN im rechtsnationalen Lager Stimmen kostete.

---

<sup>28</sup> Das komplette Wahlergebnis der Europawahl nach Wahlkreisen findet sich im "Cahier Résultat" veröffentlicht durch Le Monde vom 15. Juni 2004.

Die Europawahl machte in Frankreich drei unterschiedliche Tendenzen deutlich. Zunächst scheinen die Bürger Schwierigkeiten damit zu haben, die Befugnisse des Europäischen Parlaments zu verstehen. Zweitens wollten die Wähler der Regierungspartei augenscheinlich eine Lektion erteilen, und drittens gelang es den Parteien, die ihren Wahlkampf tatsächlich mit dem Thema Europa führten – ob dafür oder dagegen – die Wähler zu mobilisieren, denen Europa wirklich am Herzen lag.

### Der Stabilitätspakt

Frankreich – genau wie Deutschland – durchbrach 2003 das dritte Jahr in Folge die im Stabilitätspakt festgelegte Defizitgrenze von 3%. Die Regierung Raffarin bemühte sich, ihre Staatsschulden über eine Reduzierung der Ausgaben von 0,77% im Jahr 2004 und 0,6% für 2005 zu verringern. Parallel dazu vertraten der Premierminister und sein Finanzminister der ersten Regierung, Francis Mer, in Brüssel die These, der Stabilitätspakt könne in einer Zeit mit schwachem Wirtschaftswachstum negative Auswirkungen haben, vergleichbar mit der Beinahe-Rezession 2003. Es bestehe also Reformbedarf. In Frankreich sprachen sich Wirtschaftswissenschaftler wie Jean Paul Fitoussi öffentlich für diese Möglichkeit aus und prangerten gleichzeitig die allzu strengen Kriterien des Stabilitätspakts an, die im Endeffekt dem Konsum der Haushalte entgegenwirkten und daher ein Wiederanlaufen der Wirtschaft verhinderten.

In dem durch die Kommission eröffneten Verfahren untersuchte der Ecofin-Rat der zwölf Länder der Euro-Zone im November 2003, ob die Sanktionen gegen Frankreich (und auch Deutschland) wegen eines „exzessiven Defizits“ aufrechterhalten werden sollten.<sup>29</sup> Nach den Verhandlungen rückte der Rat schließlich mit qualifizierter Mehrheit von den Sanktionen ab, die Kommissar Pedro Solbes vorgeschlagen hatte. Vier Staaten der Euro-Zone mit ausgeglichenem Haushalt (Österreich, Spanien, Finnland und die Niederlande) votierten gegen die Aufhebung des Verfahrens gegen Frankreich und Deutschland.<sup>30</sup>

Die politische Wirkung dieser Entscheidung war erheblich, insbesondere auf die kleinen Mitgliedstaaten der Union und die Beitrittskandidaten wie z. B. Polen. Dass ausgerechnet Deutschland und Frankreich sich als „moralischer Hüter“ einer Vertiefung der Union sahen, stand im krassen Gegensatz zu einer Politik, die der strengen Logik von Interessen und Macht folgte. Außerdem wurde die Entscheidung des Ecofin-Rats auch als Angriff durch Deutschland und Frankreich auf die Befugnisse der Europäischen Kommission aufgefasst. Da der Rat „den engen Rahmen verlassen“ hatte, der durch Artikel 104 des EG-Vertrags geschaffen wurde und die notwendigen Schritte vorgibt, wenn ein Land die 3%-Hürde reißt, rief die Kommission den Europäischen Gerichtshof an. Am 13. Juli 2004 veröffentlichte der Gerichtshof seinen Beschluss mit einer Subtilität, die erstaunlich erscheint. Einerseits ließ er die Klage der Kommission in Bezug auf Deutschland und Frankreich nicht zu. Doch auf der anderen Seite machte er die Schlussfolgerungen des Ecofin-Rats rückgängig, in denen dieser die Verfahren zum exzessiven Defizit aussetzte und änderte die Empfehlungen, die an jedes Mitgliedsland zum Ausgleich des exzessiven Defizits gegeben wurden.<sup>31</sup>

29 Siehe Hugo Zsolt de Sousa: *The future of the Stability and growth Pact as a tool for Economic policy coordination*, Paris, Fondation Notre Europe, April 2004.

30 *La Croix*, 25. November 2003.

31 Beschluss C-27-04 vom 13. Juli 2004.

---

### **Weiterführende Literatur**

Florence Deloche Gaudet: „Bruxelles-Philadelphie. D’une convention à l’autre“, *Critique Internationale*, Nr. 21, Oktober 2003.

Christian Lequesne / Rupnik Jacques: *L’Europe des Vingt-Cinq. Vingt cinq cartes pour un jeu complexe*, Paris, Autrement, 2004.